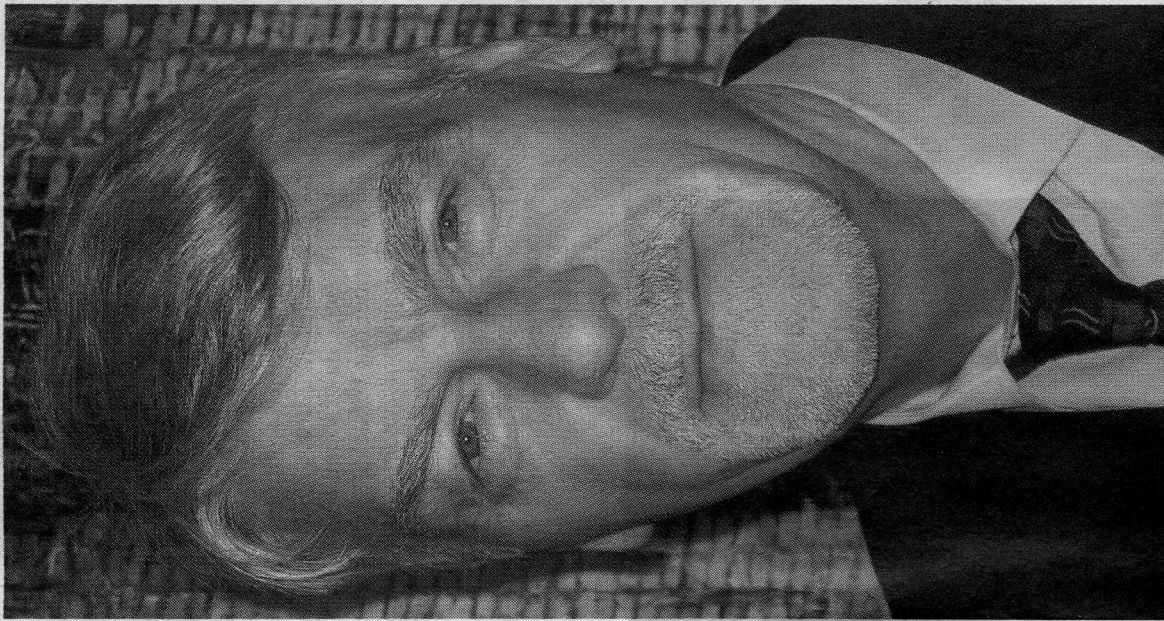


Standpunkt: Energieexperte Gerd Eisenbeiß schlägt vor, das CO₂-Emissionsregime durch Kohlenstoff-Lizenzen zu ersetzen

„Den Klimaschutz vom Kopf auf die Füße stellen“

VDI Nachrichten, Düsseldorf, 2. 3. 07, mg -
Kohlenstoff und CO₂ stehen in direktem Zusammenhang. Würde man das jetzige System des CO₂-Emissionshandels durch „Kohlenstoff-Lizenzen“ ersetzen, könnte man so auch die Kohlendioxid-Emissionen steuern. Dies hätte eine ganze Reihe von Vorteilen, wie der Energieberater Gerd Eisenbeiß in seinem nachfolgenden Beitrag erläutert.



Gerd Eisenbeiß: „Der Klimaschutz braucht nicht unzulängliche, oft verwaltungsaufwändige Vorschriften, sondern er braucht einen eleganten, marktwirtschaftlichen Zugang zum Verhalten der Menschen und Unternehmen.“ Foto: privat

ofen, in Holz-Heizkraftwerken oder als Fischer-Tropsch-Diesel genutzt wird. Gerade bei Biomassestrategien mit hohem Energieeinsatz würde über den Preis der eingesetzten Energie deutlicher, wie groß oder klein der tatsächliche Nettoenergiegewinn ist; denn so mancher Energiebeitrag lebt gut davon, billige „konventionelle“ Energie einzukaufen und die damit produzierte Energie sehr viel teurer zu verkaufen.

Das vorgeschlagene System stellt aber keine staatliche Preisvorgabe oder Kohlenstoffsteuer dar. Deren Nachteil wäre, dass man bei der Festlegung des Preises oder der Steuer nicht weiß, wo man mit den Emissionen landet. Im Input-System stellt der verknappte Markt den Preis nach Angebot und Nachfrage ein.

Einzuräumen sind zwei Aspekte: Zum einen erlaubt ein wesentlich über den Preis wirksamer Klimaschutz keine sektoralen Sonderregelungen, höchstens Ausgleichsmaßnahmen in Übergangsperioden. Und zum anderen ist das Kyoto-Regime gerade erst realisiert worden, es sind Strukturen und Interessen entstanden, die eine Ablösung nicht einfach, möglicherweise sogar illusionär machen. Vielleicht bietet die absehbare Krise im Kampf um eine globale Fortsetzung der Klimaschutzvereinbarung von Kyoto die Möglichkeit eines Systemwechsels.

Zu erläutern bleibt, dass eine Kohlenutzung mit Sequestrierung des CO₂, wenn sie denn gelingt, nicht verhindert wird; es wird ein Leichtes sein, die in unterirdische Lager gepumpten Kohlenstoffmengen zu messen und ent-

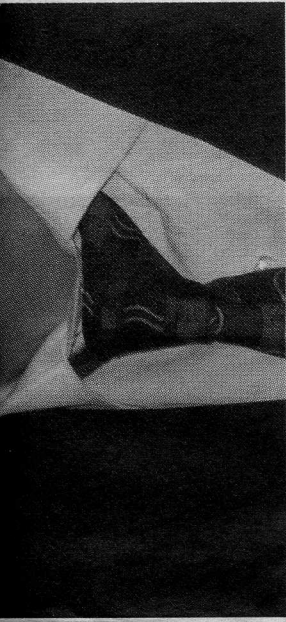
Nicht jedem dürfte es immer bewusst sein, aber es ist so: Das CO₂-Emissionsregime der Klimaschutzvereinbarung von Kyoto ist einer staatlichen Beschränkung des Kohlenstoffesatzes gleichwertig. Denn schließlich wird aller Kohlenstoff, der in Form von Kohle, Öl oder Erdgas in Deutschland gefördert oder importiert wird, zu CO₂ verbrannt und in die Atmosphäre abgegeben, wenn auch nicht immer im selben Jahr. Dabei entspricht 1 kg Kohlenstoff etwa 3,7 kg CO₂ und ein CO₂-Preis von 8 € pro t etwa 30 € pro 1 t Kohlenstoff.

Hiermit wird der Vorschlag gemacht, den Klimaschutz vom Kopf auf die Füße zu stellen, d. h. das „cap&trade“-System auf den Kohlenstoffesatz und nicht mehr auf die CO₂-Emission anzuwenden. Gehandelt wird in einem solchen System nicht das Recht zu emittieren

Hiermit wird der Vorschlag gemacht, den Klimaschutz vom Kopf auf die Füße zu stellen, d. h. das „cap&trade“-System auf den Kohlenstoffemissionswert zu übertragen. Gehandelt wird in einem solchen System nicht das Recht zu emittieren, sondern das Recht, Kohlenstoff in welcher Form auch immer in den deutschen bzw. EU-Handel zu bringen; diese „Kohlenstoff-Lizenzen“ ersetzen dabei die Emissionslizenzen des Kyoto-Systems. Das „cap“, also die gezielte Verknappung des Kohlenstoffemissionswertes, wird dabei den Vorteil bieten, einen bestimmten Emissionswert bis auf überjährige Lagereffekte exakt anzusteuern. So wäre es z. B. für die Mittelmeerländer der EU nicht mehr möglich, vertraglich verbindliche Emissionsziele weit zu verfehlen. Die knappen Kohlenstoff-Lizenzen können zugeteilt oder per Versteigerung erworben werden, wie dies auch als Alternative im CO₂-Regime vorgesehen ist.

Vorteil des vorgeschlagenen Kohlenstoff-Input-Systems ist aber nicht nur die exakte Ansteuerung des Zielwertes für eine ganze Volkswirtschaft bzw. die EU, sondern auch die transparente Fairness des Systems gegenüber jedem Mann und allen Verbrauchssektoren. Nicht viele Emittenten, sondern wenige Unternehmen, die Kohle, Öl oder Gas oder Energieträger, die daraus gewonnen wurden, fördern oder importieren, sind Teil des Handels. Alle anderen Energieverbraucher werden über den Preis gesteuert, der sich als Resultat des Lizenzhandels ergibt.

Dieses „cap&trade“-System bezieht sich also auf eine leicht erfassbare und messbare Größe, nämlich den Kohlenstoffgehalt der jeweiligen Kohle, des Importöls bzw. Gases – Werte, die längst erfasst sind. Welch ein Vorteil gegenüber dem CO₂-Emissionsregime, das bei kleinen Anlagen wie Motoren und



Heizungen völlig versagt und durch eine Fülle von Einzelvorschriften ergänzt werden muss. Man denke nur an die Krücke des jüngsten EU-Rats-Beschlusses zu den Auto-Emissionswerten, der sich auf Flottenemissionswerte

Gerd Eisenbeiß

ist als Mitglied der Advisory Group Energy Berater der EU-Kommission und wirkt u. a. im Beirat der VDI-Gesellschaft Energietechnik mit. Bis zu seiner Pensionierung 2006 war er Energievorstand des Forschungszentrums Jülich und Koordinator der Energieforschung in den großen Helmholtz-Forschungszentren Deutschlands. Zuvor hat Dr. Eisenbeiß verschiedene Funktionen im Bundeskanzleramt, im Forschungsministerium sowie im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) ausgeübt. e/mg

beschränken musste, weil das tatsächliche Fahrverhalten nicht einbezogen werden konnte!

Wie viele Spezial-Handelssysteme und Börsen sollen noch entstehen, wenn die vielen Lücken des Kyoto-Systems durch immer neue Quotenvorschriften gestopft würden; so rufen manche nach handelbaren „Renewable“-Quoten, KWK-Quoten oder nach handelbaren Abweichungen von Flottenemissionswerten bei Fahrzeugen. Übrigens wäre auch eine CO₂-orientierte Kraftfahrzeugsteuer entbehrlich, denn die tatsächliche Emission ist dem Spritverbrauch beim Fahren exakt proportional und unterläge dem gekappten Input-Regime! Dass ohne Kenntnis des deutschen Föderalismus niemand verstehen kann, warum es überhaupt

eine den puren Besitz betreffende Kraftfahrzeugsteuer gibt, steht auf einem anderen Blatt.

Der Klimaschutz braucht aber nicht so unzulängliche, oft verwaltungswidrige Vorschriften, sondern er braucht einen eleganten, marktwirtschaftlichen Zugang zum Verhalten der Menschen und Unternehmen. Einen solchen Zugang zur wichtigsten Teilstategie des Klimaschutzes und der Energiepolitik, nämlich der Einsparung durch Effizienz und Verhaltensänderung bietet nur der Preis! Lifestyle, Investitionsverhalten und Forschungsstrategien sind über den Preis wesentlich fairer zu steuern als über Einzelvorschriften, die stets suboptimale Marktverzerrungen hervorrufen, weil jede Einzelvorschrift selbst das Resultat von Gezerre von widerstrebenden Interessengruppen ist.

Ich meine, dass ein solches Spezialregime für erneuerbare Energien überflüssig machen würde, soweit nicht andere, etwa technologische Gründe eine ganz andere Förderung nahelegen; es würde sich ein wirtschaftlich vernünftiges Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Strategieelementen Effizienz, Einsparung, Erneuerbare Energien und, wo erlaubt, auch Kernenergie einstellen. Die Nutzungskonkurrenz bei Erdgas und Biomasse bedürfte keiner Spezialmaßnahmen durch Subventionen, Vergütungssätze bei Einspeisung oder ein zu erwartendes Wärmegebot: Die Nachfrage würde entscheiden, ob z. B. Holz im Pellet-

einbarung von Kyoto die Möglichkeit eines Systemwechsels.

Zu erläutern bleibt, dass eine Kohlenutzung mit Sequestrierung des CO₂, wenn sie denn gelingt, nicht verhindert wird; es wird ein Leichtes sein, die in unterirdische Lager gepumpten Kohlenstoffmengen zu messen und entsprechende Gutschriften zu gewähren. Vorstellbar ist auch ein Parallelmarkt ohne Kohlenstofflizenzen für solche nicht emittierenden Anlagen, aber auch für solche Unternehmen, die Kohlenstoff als Rohstoff z. B. für Kunststoffe benötigen.

Wer einwendet, die direkte Begrenzung des Kohlenstoffemissionswertes würde doch auf fast sozialistische Weise Wirtschaft und Wohlstand ab, der sei daran erinnert, dass das Input-Regime dem Emissionsregime von Kyoto in diesem Punkt völlig äquivalent ist. Wenn ein solches System zu höheren Staatseinnahmen führt, können andere Steuern gesenkt werden – schließlich ist es besser beim ökologisch bedenklichen Ressourcenverbrauch abzuschöpfen als bei der Arbeit bzw. der Lohnsteuer.

In beiden Systemen muss die Politik aufpassen, dass sie nicht überreizt. Denn die Bürger, die zurzeit mit großer Mehrheit konsequent Klimaschutz befürworten, dürften sich rasch abwenden, wenn die Opfer nicht mehr als zumutbar empfunden werden. Aber es ist auch ein Motiv dieses Beitrags dem Missverständnis entgegenzuwirken, Klimaschutz und seine Kosten seien eine abstrakte Sache oder nur Angelegenheit von Strom- und Stahlproduzenten. Nein, den Preis des Klimaschutzes müssen so oder so alle zahlen; da ist es nur fair, das auch sehr transparent zu machen.

Wenn also die Politik Akzeptanz für die Kosten des Klimaschutzes erhalten, ja in der Praxis erst erreichen muss, ist es dem Bürger schuldig, keine Kostenposition teurer werden zu lassen als unbedingt erforderlich. Dazu möchte ich mit diesem Vorschlag einen Beitrag leisten.

GERD EISENBEIß

„Den Preis des Klimaschutzes müssen alle zahlen, das muss auch transparent sein“